

**FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG**

**BEI DER HOCHSCHULE
FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER**



**FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG
BEI DER HOCHSCHULE FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER**

67324 Speyer Freiherr-vom-Stein-Str. 2 Postfach 14 09

Tel.: (0 62 32) 6 54-0 (Sekretariat: 6 54-3 86)

Fax-Nr.: (0 62 32) 6 54-2 90



FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG (FÖV)

**bei der Hochschule
für Verwaltungswissenschaften Speyer**

*Worüber
wird
geforscht?*

Das FÖV betreibt Forschung „über und für“ die öffentliche Verwaltung in allen ihren Erscheinungsformen von der kommunalen bis zur supranationalen Ebene. Gemäß der multidisziplinären Herkunft seiner Mitglieder werden rechtliche, ökonomische, politikwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche, philosophische und historische Fragen ebenso behandelt wie verwaltungswissenschaftliche Themen im engeren Sinne. Beispiele aus dem Themenspektrum sind: Reform des Verwaltungsverfahrenrechts, Gesetzesfolgenabschätzung, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Reform des öffentlichen Rechnungswesens, Verwaltungs-Controlling, Implementation des EG-Umweltrechts, Kommunikative Problembewältigung in Staat und Privatwirtschaft.

Wer forscht?

Jedes Projekt wird von einem der 19 Lehrstuhlinhaber (Universitätsprofessoren) der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer geleitet. Projektbearbeiter sind speziell für die Durchführung eines Projekts zeitlich befristet eingestellte junge Wissenschaftler („Forschungsreferenten“), welche häufig ihre zwei- bis zweieinhalbjährige Zeit am Institut zugleich zur wissenschaftlichen Weiterqualifizierung nutzen. Das FÖV besitzt 15 Forschungsreferentenstellen. Weitere Projekte werden mit Hilfe von Drittmitteln finanziert. Außerdem besteht die Möglichkeit, bis zu vier Beamte oder Angestellte zur Bearbeitung eines Projekts an das FÖV abzuordnen.

Wer ist Träger des Instituts?

Das FÖV wird zur Hälfte vom Bund, zur Hälfte von den 16 Bundesländern getragen. Als Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung im Sinne des Art. 91b Grundgesetz ist das Institut Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Forschungseinrichtungen Blaue Liste“. Der Rechtsform nach ist das FÖV eine nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, welche der Aufsicht des Ministerpräsidenten (Staatskanzlei) des Landes Rheinland-Pfalz untersteht.

Wer entscheidet über das Forschungsprogramm?

Jeder Professor entscheidet in eigener Verantwortung über von ihm durchzuführende Projekte. Soweit Ressourcen des Instituts in Anspruch genommen werden, hat darüber der Institutsvorstand, bestehend aus fünf Professoren und zwei wissenschaftli-

chen Mitarbeitern, Beschluß zu fassen. Jährlich wird ein Arbeitsplan und ein fünfjähriges Forschungsprogramm erstellt, welches vom Institutsvorstand im Einvernehmen mit dem Institutsverwaltungsrat, in dem die Träger des Instituts vertreten sind, verabschiedet wird. Kritisch begleitet wird das Forschungsprogramm von einem Wissenschaftlichen Beirat, dem fünf auswärtige Wissenschaftler, welche verschiedene Fachrichtungen des Instituts vertreten, angehören.

Können Behörden die Durchführung eines Projekts anregen?

Eine Reihe der am FÖV durchgeführten Projekte gehen auf Anregungen aus der Verwaltungspraxis zurück. Da das FÖV keine Service-Einrichtung ist, setzt die Verwirklichung von Projektwünschen der Verwaltung voraus, daß einer der Professoren sich für die Übernahme eines Projektes bereit erklärt und die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Aus den Eigenstellen des Instituts kann jedem Professor höchstens ein(e) Forschungsreferent(in) zugeordnet werden, so daß das Institut bei zusätzlichen Projekten in der Regel auf Drittmittel angewiesen ist. Im Hinblick auf eine engere Verbindung zur Verwaltungspraxis ist aus der Sicht des FÖV die Bereitstellung eines Projektbearbeiters durch die interessierte Behörde selbst, und zwar im Abordnungswege, besonders wünschenswert.

*Welche
Außenkontakte
unterhält
das Institut?*

Neben den vielfältigen persönlichen Kontakten der Professoren und wissenschaftlichen Referenten zu Kollegen im In- und Ausland und zur Verwaltungspraxis unterhält das FÖV vertraglich institutionalisierte Beziehungen zu Forschungseinrichtungen in Europa und in Asien. Jedes Jahr nimmt das FÖV für begrenzte Zeit eine Reihe ausländischer Wissenschaftler als Gastforscher auf. Bei seinen wissenschaftlichen Veranstaltungen (der jährlichen Verwaltungswissenschaftlichen Arbeitstagung sowie den Forschungsseminaren) wird schon von der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises her auf einen intensiven Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis geachtet. Regelmäßig werden auch zu den institutsinternen Forschungskolloquien auswärtige Wissenschaftler zu einem Gastvortrag eingeladen.

*Sind die
Forschungs-
ergebnisse
zugänglich?*

Die Ergebnisse der Forschungsprojekte und wissenschaftlichen Veranstaltungen werden in der Regel veröffentlicht: als Bücher, als Zeitschriftenaufsätze oder als „Speyerer Forschungsberichte“. Letztere werden im Sekretariat und der hauseigenen Druckerei gefertigt und sind für den Dienstgebrauch kostenlos, ansonsten für eine Schutzgebühr von 10,- DM erhältlich. Eine aktuelle Veröffentlichungsliste sowie der Arbeitsplan des FÖV sind über folgende Anschrift zu beziehen: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Postfach 14 09, 67324 Speyer (Tel.: 0 62 32/6 54-3 86/3 82; Fax: 6 54-2 90).

Geschäftsführender Direktor

Univ.-Prof. Dr. Willi Blümel

Tel. (0 62 32) 6 54 - 3 62

Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König

Tel. (0 62 32) 6 54 - 3 69

Institutsreferent

Dr. Karl-Peter Sommermann

Tel. (0 62 32) 6 54 - 3 87

Sekretariat

Sigrid Hübers

Tel. (0 62 32) 6 54 - 3 86

Die Projektleiter



Hans Herbert von Arnim

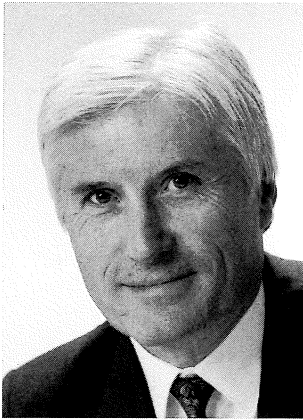
Dr. jur., Dipl.-Volkswirt, geb. 1939;
o. Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Kommunal- und Haushaltsrecht, und Verfassungslehre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, juristische Staatsexamen, Diplom in Volkswirtschaftslehre und rechtswissenschaftliche Promotion in Heidelberg; 1968 Leiter des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler in Wiesbaden; 1976 Habilitation für Staats- und Verwaltungsrecht, Finanz- und Steuerrecht an der Universität Regensburg; 1978–1981 Professor in Marburg; seit 1981 Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Kommunalrecht und Haushaltsrecht, und Verfassungslehre in Speyer; Mitglied mehrerer Sachverständigenkommissionen, z.B. der „Enquête-Kommission Wahlrecht und Kommunalverfassung“ des Landtages Rheinland-Pfalz (1988–1990) und der vom Bundespräsidenten berufenen „Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung“ (1992/93); seit 1993 Mitglied des Verfassungsgerichts Brandenburg; 1993–1995 Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Forschungsschwerpunkte u.a.: Verfassungslehre und Demokratietheorie; Finanzrecht, Parteienrecht und Politikfinanzierung; Kommunalrecht und Kommunalpolitik.



Willi Blümel

Dr. jur., geb. 1929;
o. Professor für öffentliches Recht, insbesondere allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. 1948–1953 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg und an der Cornell University in Ithaca, New York, USA. 1953 und 1957 juristische Staatsprüfungen; 1960 Promotion zum Dr. jur. an der Universität Heidelberg; 1960/61 Assistent des Gerichtspräsidenten Prof. Dr. Ernst Forsthoff am Verfassungsgericht der Republik Zypern; 1967 Habilitation an der Universität Heidelberg für öffentliches Recht; 1969–1970 ordentlicher Professor für öffentliches Recht an der Freien Universität Berlin, 1970–1974 an der Universität Bielefeld, seit 1974 an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1985–1987 Rektor der Hochschule und seit 1988 Geschäftsführender Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; seit 1976 Leiter des Arbeitsausschusses „Straßenrecht“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen und seit 1985 Sprecher der Professoren im Arbeitskreis Eisenbahnrecht der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn bzw. der Deutschen Bahn AG. Forschungsschwerpunkte: Planungsrecht, Kommunalrecht, Hochschulrecht, Verwaltungsverfahrenrecht.



Carl Böhret

Dr. rer. pol., Dipl.-Politologe, geb. 1933;
o. Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
Tätigkeiten in Industrie, Verwaltung, Verbänden; Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaft; Dipl.-Politologe 1962; Dr. rer. pol. 1965; Habilitation 1970; 1971–1974 o. Professor für Politische Wissenschaft/Pol. Wirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin; seit 1975 Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1984–1988 Geschäftsführender Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1989–1991 Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1993–1995 Wissenschaftlicher Beauftragter des II. Führungskollegs Speyer; Mitwirkung in mehreren wissenschaftlichen Institutionen, Kuratorien, Kommissionen und Beiräten, u.a. Wissenschaftlicher Leiter der Verwaltungsmodernisierungskommission des Landes Rheinland-Pfalz (seit Ende 1994).
Forschungsschwerpunkte: Folgen politisch-administrativen Handelns; Technik, Zeit und Politik; Reformen des politisch-administrativen Systems; Funktionaler Staat und Verwaltungspolitik; Gesetzesfolgenabschätzung/Test von Rechtsvorschriften; Experimentelle Politik: computer-gestützte Planspiele; Auswirkungen der heranalternden Gesellschaft auf Politik und Verwaltung.



Dieter Duwendag

Dr. rer. pol., Dipl.-Kaufmann, geb. 1938;
o. Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbes. Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik, an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
1962 Dipl.-Prüfung für Kaufleute; 1965 Promotion zum Dr. rer. pol.; 1970 Habilitation für VWL an der Universität Münster; 1971 Professor an der Universität Köln; seit 1972 o. Professor an der Hochschule Speyer, danach Rufablehnungen 1973 (Universität Dortmund) und 1985 (Universität Frankfurt/Main); 1979–1981 Rektor der Hochschule Speyer; Forschungsaufenthalte bei der Zentralbank der USA (9 Monate 1975) und beim Intern. Währungsfonds (Washington, D.C., 6 Mon. 1984); seit 1992 Vorsitzender des Ausschusses „Geldtheorie“ des Vereins für Socialpolitik; Nov. 1992 Berufung durch den Obersten Sowjet der Russ. Föderation in die Kommission zur Reform der Staatsunternehmen; Berater der Regierung Vietnams zur Durchführung marktwirtschaftl. Reformen (März und Mai 1994, Ho-Chi-Minh-City; März/April 1995, Hanoi).
Forschungsschwerpunkte: Geld und Währung; Konjunktur-, Finanz-, Beschäftigungspolitik; Europäische Integration; Internat. Wirtschaftsbeziehungen.

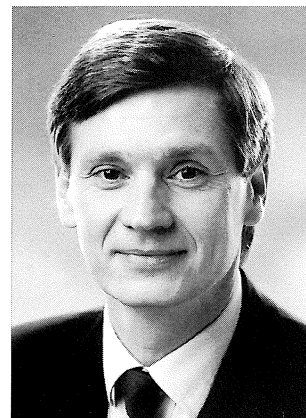


Rudolf Fisch

Dr. phil., Dipl.-Psychologe, geb. 1939;
o. Professor für Empirische Sozialwissenschaften
unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung
an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften
Speyer.

Studium der Psychologie, Physiologie und Psychiatrie in Frankfurt/Main, Münster und Bochum. Diplom im Fach Psychologie 1964 in Münster. Promotion 1967 in Bochum. 1972 Habilitation für das Fach Psychologie in Saarbrücken; 1972–1974 Professor für Psychologie an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken; 1974–1992 Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpsychologie an der Universität Konstanz. Mitglied im Direktorium der Fachgruppe Psychologie, mehrfach Fachgruppensprecher. Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät (1976/77 und 1987/88). Mitglied des Vorstandes Sonderforschungsbereich 221 „Verwaltung im Wandel“ (1985–1990). Mitwirkung in Kommissionen auf Landesebene. Seit 1992 in Speyer. Wissenschaftlicher Beauftragter für das III. Führungskolleg bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Forschungsschwerpunkte: Verhalten in Organisationen, zum Beispiel Teamarbeit und Kreativität; Führen, Zusammenarbeiten und Entscheiden bei komplexen Verwaltungsaufgaben, ferner Methoden der empirischen Sozialforschung (Beobachtungsmethoden, systematische Evaluation); Wissenschaftsforschung.



Hermann Hill

Dr. jur., geb. 1951;
o. Professor für Verwaltungswissenschaft und öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaften; Promotion Dr. jur. Universität Mainz 1979; Habilitation Universität Kiel 1984, *venia legendi* für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre; anschließend Lehrtätigkeit an den Universitäten Kiel, Göttingen, Münster; 1985 Professor an der Universität Heidelberg; 1986 Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaften und Öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1989–1991 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Rheinland-Pfalz in Bonn/Brüssel; anschließend wieder Übernahme des Lehrstuhls an der Hochschule Speyer; 1993 Ruf an die Universität Würzburg (abgelehnt).

Forschungsschwerpunkte: Verwaltungsmodernisierung und modernes Verwaltungsmanagement, Aufbau der Verwaltung im Osten, Staatskommunikation und Bürgermitwirkung sowie Umwelt- und Gesundheitsschutz.



Helmut Klages

Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, geb. 1930;
o. Professor für empirische Sozialwissenschaften,
insbes. Soziologie (Organisations- und Verwaltungs-
soziologie) an der Hochschule für Verwaltungswis-
senschaften Speyer.

1953 Abschluß des Studiums (Dipl.-Volkswirt) an
der Universität Erlangen; 1955 Promotion an der
Universität Hamburg (Dr. rer. pol.); 1961 Habilita-
tion für das Lehrfach Soziologie an der Universität
Erlangen-Nürnberg; im selben Jahr Übernahme ei-
ner Abteilungsleiterstelle an der Sozialforschungs-
stelle Dortmund an der Universität Münster und
Umhabilitation an die Rechts- und Staatswissen-
schaftliche Fakultät der Universität Münster; 1964
Berufung auf einen Lehrstuhl für Soziologie an der
Technischen Universität Berlin; mehrere Rufe an
andere Universitäten; 1975 Berufung nach Speyer;
1987–1989 Rektor der Hochschule für Verwaltungswis-
senschaften Speyer.

Forschungsschwerpunkte: gesellschaftlicher Wandel
(insbes. Einstellungs- und Wertewandel); Moderni-
sierungsforschung (insbes. in der öffentlichen Ver-
waltung); Erfolgsfaktoren organisatorischer Ent-
wicklung; Messung und Evaluierung von Verwal-
tungseigenschaften und -leistungen; Organisations-
entwicklung; Befragungsforschung.

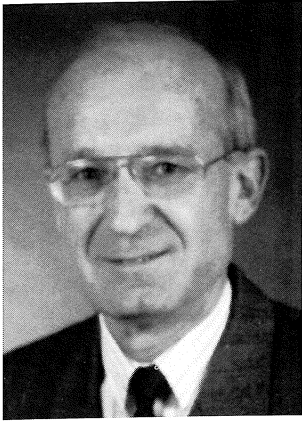


Klaus König

Dr. jur. Dr. rer. pol., geb. 1934;
o. Professor für Verwaltungswissenschaft, Regie-
rungslehre und Öffentliches Recht an der Hoch-
schule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

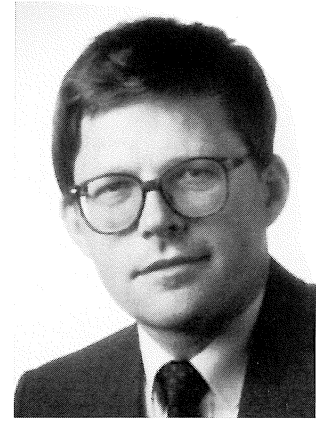
Forschungsreferent; Regierungsdirektor in einer
Staatskanzlei; Universitäts-Professor; Studienleiter
einer Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie; Rich-
ter im Nebenamt an einem Oberverwaltungsgericht;
1974–1976 Rektor der Hochschule für Verwaltungswis-
senschaften Speyer einschließlich des For-
schungsinstituts; Ministerialdirektor im Bundes-
kanzleramt; Lehr-, Forschungs- und Beratungstätig-
keit im Inland und Ausland; Mitglied, auch
Leitungsfunktionen in wissenschaftlichen Vereini-
gungen, Akademien, Stiftungen; Herausgeber und
Schriftleiter von Fachzeitschriften.

Forschungsschwerpunkte: theoretische Ansätze in
der Verwaltungswissenschaft; Regierung und öffent-
liche Verwaltung im allgemeinen; Planung und Ge-
setzgebung; öffentliche Aufgaben; Regierungs- und
Verwaltungsorganisation; öffentlicher Dienst; inter-
nationale Verwaltungszusammenarbeit; derzeit:
Transformation der realsozialistischen Verwaltung,
insbesondere Neuordnung des öffentlichen Vermö-
gens; Kritik öffentlicher Aufgaben; Modernisierung
der Verwaltung.



Klaus Lüder

Dr. rer. pol., Techn. Dipl.-Volkswirt, geb. 1935;
o. Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Öffentliche Finanzwirtschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
1955–1957 kaufmännische Lehre. 1957–1962 Studium der Techn. Volkswirtschaft an der Technischen Hochschule Karlsruhe; 1964 Promotion zum Dr. rer. pol.; 1968 Habilitation für das Fachgebiet Betriebswirtschaftslehre (Universität Karlsruhe). 1969–1981 o. Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung an der Universität Hamburg; seit 1981 Professor für Öffentliche Finanzwirtschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Gastprofessor an der University of Illinois at Chicago, USA (1990), Gastprofessor an der University of Marketing and Distribution Sciences (UMDS) in Kobe, Japan (1992), Gastprofessor an der University of Victoria, School of Public Administration, Victoria, B. C., Kanada (1994); ab Herbst 1995 Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
Forschungsschwerpunkte: Investition und Finanzierung von Unternehmen; Standortentscheidungen; Betriebswirtschaftliche Steuerlehre; Öffentliche Finanzen und öffentliches Rechnungswesen; International vergleichende Verwaltungsforschung.



Siegfried Magiera

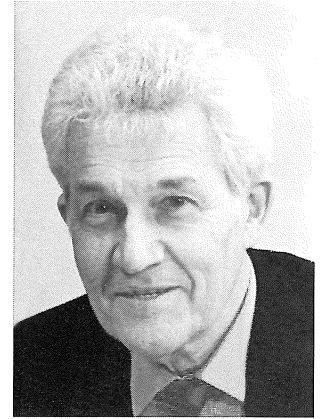
Dr. iur., M.A. (Political Science), geb. 1941;
o. Professor für öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
Studium der Rechts- und der Politikwissenschaft an den Universitäten Kiel, Freiburg i.B., Berlin und Kansas/USA; erstes und zweites jur. Staatsexamen; M.A.-Political Science (Universität Kansas); Dr. iur. und Habilitation für öffentliches Recht (Universität Kiel); Professor für öffentliches Recht an der Universität Köln; Lehrstuhl für öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht an der Hochschule Speyer (seit 1984).
Forschungsschwerpunkte: deutsches und amerikanisches Verfassungsrecht (Parlament und Regierung, Bundesstaat, Parteien); Recht der Europäischen Union (Verfassung, Institutionen und Verfahren, Haushalt und Finanzen, Beihilfen, Strukturfonds, Europa der Bürger); Beziehungen zwischen staatlichem und internationalem Recht; internationales Rundfunk-, Fernmelde- und Postrecht.



Detlef Merten

Dr. iur. Dr. rer. pol., geb. 1937;
o. Professor für öffentliches Recht, insbesondere
Wirtschaftsverwaltungsrecht und Sozialrecht an der
Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
Studium der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissen-
schaften; juristische Staatsexamina in Berlin; 1971
Habilitation an der Juristischen Fakultät der Freien
Universität Berlin mit einer Schrift über „Negative
Grundrechte“; seit 1972 Ordinarius an der Hoch-
schule für Verwaltungswissenschaften Speyer;
1977–1979 Rektor der Hochschule für Verwaltungs-
wissenschaften Speyer; seit 1983 Mitglied des Ver-
fassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz; im Sommer-
semester 1994 und 1995 Gastprofessor an der Uni-
versität Salzburg.

Forschungsschwerpunkte: Verfassungsrecht, Verfas-
sungsgeschichte, Europarecht, Sozialrecht, Beam-
tenrecht, Gesetzgebungslehre.



Rudolf Morsey

Dr. phil., geb. 1927;
o. Professor für Neuere Geschichte, insbesondere
Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an der
Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
Abitur (1947), Studium der Geschichtswissenschaft
in Münster; 1953 1. Staatsexamen, 1955 Promotion
(Dr. phil.); Dissertation „Bismarck und die Oberste
Reichsverwaltung“ (1957 erschienen); 1955–1957
Studienreferendar, 2. Staatsexamen; 1957–1966 Wiss.
Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des
Parlamentarismus und der politischen Parteien in
Bonn; dort auch 1965 Habilitation; 1966 o. Professor
für Neuere und Neueste Geschichte in Würzburg;
seit 1970 o. Professor für Neuere Geschichte, insbe-
sondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an
der Hochschule für Verwaltungswissenschaften
Speyer; 1972–1973 Rektor der Hochschule für Ver-
waltungswissenschaften Speyer; Mitglied zahlrei-
cher historischer Kommissionen, Institute und
Beiräte.

Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Obersten
Reichs- und Bundesverwaltung sowie der
preußisch-deutschen Beamten- und Personalpolitik
im 19. und 20. Jh., Parlamentarismus- und Parteien-
geschichte, Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland.



Rainer Pitschas

Dr. iur., Dipl.-Verwaltungswirt, geb. 1944;
o. Professor für Verwaltungswissenschaft, Entwicklungspolitik und Öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Studium der Rechtswissenschaft, Soziologie, Politik- und Verwaltungswissenschaft in Berlin, Freiburg und Speyer nach abgeschlossener Verwaltungsausbildung; anschließende Berufstätigkeit in der Sozial- und Personalverwaltung des Landes Berlin; Promotion im Verfassungsrecht, Arbeits-, Bildungs- und Sozialrecht; 1988 Habilitation in den Fächern Staats- und Verwaltungsrecht, Sozialrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht und Verwaltungslehre; Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Berlin und Saarbrücken; seitdem Rufe an die Universitäten Kiel und Augsburg sowie Gastprofessuren an der Hubei-Universität Wuhan/Volksrepublik China und am Institute for Public Administration and Human Resources, Shanghai; umfassende Forschungs- und Beratungstätigkeiten für Regierungen und Institutionen im In- und Ausland.

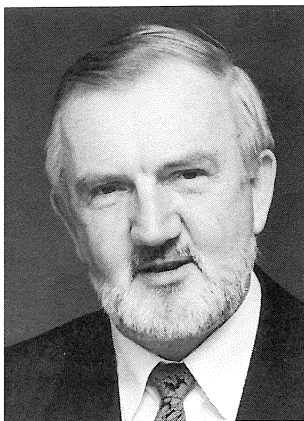
Forschungsschwerpunkte: Internationale Verwaltungszusammenarbeit und vergleichende Verwaltungswissenschaft, „Public Management“; Europarecht, Öffentliches und Sozialrecht, Sozialpolitik; langjährige wissenschaftsbegleitende Institutionenberatung und Management-Entwicklung.



Helmut Quaritsch

Dr. jur., Ministerialdirektor a.D., geb. 1930;
o. Professor für Staatsrecht und Staatslehre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. 1957 Dr. jur., habilitiert für Öffentliches Recht und Kirchenrecht 1965 in Hamburg, Januar 1966 Ordinarius für Öffentliches Recht an der Ruhr-Universität Bochum, 1968 an der Freien Universität Berlin, 1972 an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; deren Rektor von 1981–1983; 1970–1973 Direktor der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages.

Forschungsschwerpunkte: Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht, Öffentliches Dienstrecht, Staats- und Souveränitätstheorien der Neuzeit (bes. Jean Bodin und Carl Schmitt), Verfassungs- und zeitgeschichtliche Untersuchungen zur Amnestie-Problematik.



Heinrich Reiner mann

Dr. rer. pol., Dipl.-Kaufmann, geb. 1937;
o. Professor für Verwaltungswissenschaft und Verwaltungsinformatik an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

1957 Abitur in Lingen/Ems; 1959 Industriekaufmann nach Lehre bei den Klöckner-Werken AG; 1964 Diplomkaufmann und 1966 Dr. rer. pol., Westfälische Wilhelms-Universität Münster (Westfalen); 1967/68 Visiting Scholar, Stanford University; 1973 Habilitation, Universität Mannheim, und Berufung an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1981/82 und 1987/88 Forschungsaufenthalte an der University of California, Irvine und der University of Wisconsin, Madison; 1991–1993 Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Forschungsschwerpunkte: Verwaltungswissenschaft und Informationstechnik in öffentlichen Verwaltungen (Verwaltungsinformatik).



Waldemar Schreckenberger

Dr. iur., geb. 1929;
o. Professor für Rechtsphilosophie, Rechtspolitik und Gesetzgebungslehre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie, 1. und 2. jur. Staatsexamen, Habilitation 1976, seit 1960 öffentl. Dienst; Chef des Bundeskanzleramts und Staatssekretär beim Bundeskanzler (1982–1989); 1976–1981 Staatssekretär (Chef der Staatskanzlei), 1981–1982 Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz; seit 1976 Hochschullehrer; 1978–1982 Vorsitzender der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten.

Forschungsschwerpunkte: Rechtsphilosophische Grundlagenforschung, insbesondere rhetorische Semiotik; Gesetzgebungspolitik und -lehre.



Heinrich Siedentopf

Dr. iur. Dr. h. c., geb. 1938;

o. Professor für Vergleichende Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Promotion Dr. iur. 1963 Universität Münster; Habilitation 1971 an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in den Fächern Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht; Lehrstuhl 1973 an der Hochschule Speyer; Ehrenpromotion 1983 an der Universität Aix-en-Provence; Rektor der Hochschule Speyer 1983–1985; Gastprofessor an der Faculty of Law der National University of Singapore 1982–1983 und 1988–1989; seit 1985 Mitglied der Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung Bonn; seit 1991 Präsident der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften Brüssel; Wissenschaftlicher Beauftragter für das I. Führungskolleg bei der Hochschule Speyer 1991–1993; Gastprofessor an der Universität Innsbruck 1995.

Forschungsschwerpunkte: Öffentlicher Dienst und Regierungsorganisation; Aus- und Fortbildung von Führungskräften; Kommunale Selbstverwaltung und staatliche Verwaltung; Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten der EU.